

1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Die Spannung in der Union sowie der Regierungskoalition nimmt weiter zu . Die offene Kritik der SPD an der Union verschlechtert das Klima und erschwert eine Lösung, die beiden Seiten ermöglicht, das Gesicht zu bewahren. Umso wichtiger wird es, die Unabhängigkeit von der Tabakbranche zu kommunizieren und gangbare Lösungen vorzustellen.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Der Trend verschlechtert sich etwas . Die Opposition nutzt den Disput der Regierungsparteien nicht. Sie bleibt weiterhin unbestimmt und inaktiv . Mögliche Impulse von DIE LINKE für eine Lösung zugunsten der E-Zigarette bleiben daher aus. Das verstärkt den ungewissen Kurs der Regierungskoalition zuungunsten der E-Zigarette.	
Bundesrat, Bundesländer	Die Bundesländer befassen sich derzeit nach den offiziellen Dokumenten nicht mit der E-Zigarette. Impulse seitens der Tabakgegner versanden aktuell.	
Verwaltung	BMG und BMEL bleiben bei ihrem Kurs zur E-Zigarettenregulierung. Die Regulierungsvorhaben in anderen (EU-) Staaten bestätigen sie zudem in ihrem Vorhaben, den E-Zigarettenkonsum zu reduzieren.	
Fachcommunity	Der Trend verschlechtert sich etwas . Die Fachcommunity bleibt gespalten . Kritische Studien dominieren (international) im Beobachtungszeitraum. Die Ergebnisse von der Frankfurt UAS und dem ZIS (Hamburg) finden kaum mediale Aufmerksamkeit. Die Statements zum DKFZ und DHS verstärken dies noch.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise) 	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 12.10.2016

Meldung: Anlässlich der DIW-Studie zur ökonomischen Bedeutung der Werbung schreibt der Staatssekretär im BMWi Matthias Machnig (SPD), dass bei Werbung zwischen den Wirtschafts- und Verbraucherinteressen abzuwägen ist – insbesondere bzgl. Heranwachsenden. Er stellt die Entscheidung zum Tabakwerbeverbot mittelbar in diesen Kontext. Jedoch könne mehr Regulierung kaum die erste Option sein, wenn der bereits bestehende rechtliche Rahmen nicht ausgeschöpft werde. Dort müsse zunächst die Durchsetzung verbessert werden. Er sieht auch die Wirtschaft und ihre Selbstregulierungsfähigkeit in der Pflicht.

Einordnung/Empfehlung: Machnig stellt nicht den Entwurf zur Tabakregulierung in Frage – wirbt aber auch nicht für ihn. Er setzt damit indirekt ein Statement. Dies hat mit seiner Position als Vertreter der Bundesregierung zu tun, als der er beide Seiten abwägen muss. Machnig gilt als wirtschaftsnah.

Quelle: zaw.de

2.2. Bundestag

Datum: 20.10.2016, 19.10.2016, 18.10.2016, 17.11.2016

Meldung: Die SPD-Bundestagsfraktion fordert Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) in einem Brief auf, den Weg für das Tabakwerbeverbot zu ebnen. Die SPD-Fraktion könne das bisherige Vorgehen nicht nachvollziehen, so MdB Rainer Spiering (tabakpolitischer Bericht-erstatte). Er hat das Schreiben an Kauder federführend abgefasst. Laut Spiering sprechen die Fakten für das Verbot und gegen das Rauchen. Die SPD-Abgeordneten monieren, dass der Entwurf immer noch nicht auf der Tagesordnung des Bundestages stehe. Die SPD-Fraktion sieht darin ein falsches gesundheitspolitisches Signal.

Zuvor forderte der suchtpolitische Berichterstatter Burkhard Blienert (MdB, SPD) die Unions-abgeordneten auf, dem Druck der Tabaklobby nicht nachzugeben. Er warnt davor, die Minis-ter Schmidt (CSU, Landwirtschaft) und Gröhe (CDU, Gesundheit) sowie die Bundesdrogen-beauftragte Marlene Mortler (CSU) zu blamieren. Blienert favorisiert das Tabakwerbeverbot.

Die Unionsfraktion bleibt weiterhin bei der Frage zum Tabakwerbeverbot (ÄndG TabakerzG) gespalten. Die Union will sich in ihrer Fraktionsvorstandssitzung am 08.11. erneut damit be-fassen. Eine Anhörung im zuständigen Landwirtschaftsausschuss ist grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Die Anhörung ist laut dem Ausschuss nur „auf Eis gelegt“. Bundeslandwirt-schaftsminister Christian Schmidt (CSU) geht weiter davon aus, dass er sich mit dem Verbot durchsetzen wird.

Einordnung/Empfehlung: Das Schreiben der SPD-Fraktion erhöht den Druck auf Kauder und den Wirtschaftsflügel der Union. Da der wirtschaftspolitisch-konservativ ausgerichtete Flügel der CDU/CSU einige Zugeständnisse zum aktuellen Kurs der Union machen musste, steigt bei ihm der Wunsch sich zu profilieren. Das erschwert die interne Einigung.

Abgeordnete werden weiterhin sensibel auf Impulse von außen reagieren – auch wegen des starken Lobbyings. Das kann dazu führen, dass a) man den bestehenden Entwurf ohne Än-derungen beschließt um das das Thema vom Tisch zu haben – ähnliche Reaktionen gab es in der Zeit der Nichtraucherchutzgesetze und b) die SPD-Vorstöße eine Wagenburgmenta-lität bei der Union wecken könnten, was die Fronten weiter verhärtet oder c) die Parlama-tarier versuchen, die Gesetzgebung auf die nächste Legislaturperiode zu verschieben – dage-gegen würden sich aber wohl die Befürworter des Werbeverbotes stemmen.

Die SPD-Fraktion hat sich anscheinend auf eine Linie einigen können. Sie versucht nun die Union als den handlungsunfähigen Koalitionspartner aussehen zu lassen. Der Brief ist auch ein Indiz dafür, dass sich das Verhältnis der Koalitionspartner weiter trübt. Dies kann sich auch auf die (mögliche) Bearbeitung des Gesetzentwurfes im Parlament auswirken.

Es wird ein sensibles Vorgehen empfohlen – mit einem Fokus auf Lösungsvorschläge, die allen Seiten erlauben, das Gesucht zu wahren. Eine Option wäre zudem weiter über Exper-ten Botschaften an die Politik zu setzen.

Quelle: saarbruecker-zeitung.de, wz.de, burkhard-blienert.de, aerztezeitung.de

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 18.10.2016, 12.10.2016

Meldung: Hannelore Kraft (Ministerpräsidentin NRW, SPD) äußert sich ggü. dem Watchdog „Forum Rauchfrei“ zu dessen Beschwerde gegen die InterTabak. Kraft befürwortet einen strikten Nichtrauchererschutz, insbesondere bei Heranwachsenden. Ebenso unterstützt sie Forderungen nach strikten Werbeverböten. Jedoch verweist sie auf die geltende Gesetzgebung, welche kein Totalverbot von Tabak vorsieht, wie es das Forum im Auge hat.

Zudem bestärkt das [Forum](#) die Forderung einiger Abgeordneter des Berliner Abgeordnetenhauses, erste Maßnahmen gegen die Tabakaußenwerbung vorzunehmen.

Einordnung/Empfehlung: Kraft bleibt damit auf Linie der bestehenden Gesetzgebung. Sie versucht mit ihrem Schreiben die Interessen von Nichtrauchern und der Wirtschaft gerecht zu werden. Insbesondere der grüne Koalitionspartner setzt sich bei Zeiten für mehr Nichtrauchererschutz ein, was bei der NRW-SPD nur bedingt begrüßt wird. Es wird empfohlen, die Entwicklungen der Bundesländer beim Nichtrauchererschutz weiter zu beobachten.

Quelle: forum-rauchfrei.de

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 19.10.2016, 18.10.2016, 04.10.2016

Meldung: Kroatien will die E-Zigarette regulieren. Die Verabschiedung des Gesetzes wird zum Jahresende 2016 bzw. Jahresbeginn 2017 erwartet. Ersten Hinweisen nach soll die E-Zigarette bei den Konsumverboten Tabak gleichgestellt werden. Zudem untersagt Kroatien die E-Zigarettenwerbung und geht dabei weiter als TPD2 verlangt.

Die Niederlande planen weitere Schritte bei der Verpackungsregulierung. Ab dem 01.07.2017 dürfen Zigarettenpackungen keine schmückenden Designs aufweisen. Matte Farben werden obligatorisch. Die Regierung erwägt die Einführung des Plain Packs sollte die Tabakbranche die neuen Auflagen nicht einhalten.

In Luxemburg verdichten sich Hinweise, dass die E-Zigarette Tabak gleichgesetzt wird.

Einordnung/Empfehlung: Die Zahl der EU-Länder, die die E-Zigarette strikter regulieren als TPD2 vorsieht, vergrößert sich. Dies schwächt die E-Zigarettenbefürworter in Deutschland. Zudem kann es durch den wachsenden Zuspruch zum Plain Pack zu einem negativen Spillover-Effekt kommen. Es wird empfohlen, Unterstützer weiter mit Argumenten und Fakten sprechfähig zu halten und den Netzwerkausbau im In- und Ausland weiterzuführen.

Quelle: ecigintelligence.com, journal.lu, nltimes.nl

Datum: 13.10.2016, 11.10.2016

Meldung: Die Verbrauchssteuern auf Tabak-Zigaretten sollen in Irland 2017 um 50 Cent angehoben werden. Irlands Gesundheitsminister Finian McGrath ließ sich nach eigenen Angaben nicht von den Warnungen der Wirtschaft abbringen. Zeitgleich vermeldet Großbritanniens größter Großhändler, die Booker Group, einen Absatzeinbruch bei Zigaretten um 5,6%. Die Firma führt dies auf das Verbot für kleine Läden zurück, Tabak sichtbar auszustellen.

In Großbritannien und den USA mehren sich zudem die Berichte über explodierende E-Zigaretten. Dies führt bereits zu ersten Forderungen nach mehr Regulierung.

Einordnung/Empfehlung: Deutsche Befürworter des Tabakwerbeverbots werden sich durch die Aussagen der Booker Group bestätigt fühlen. Sie bietet ihnen im Vorfeld der Anhörung am 27.10. ein Beispiel über die Wirksamkeit von Regulierungen.

Mit Irland geht der europäische Trend zu Steuererhöhungen weiter. Mit einer neuen Absprache zur Tabaksteuererhöhung bzw. deren Umsetzung ist nach der Bundestagswahl 2017 zu rechnen (siehe Aktivitäten der Tabakbranche im Report 22). In diesem Kontext kommt auch der aktuell bestehende monetäre Vorteil der E-Zigarette zum Tragen. Er wird durch höhere Tabaksteuern noch deutlicher. Umso wichtiger wird das Engagement für europa-/deutschlandweit niedrige Steuern auf E-Zigaretten und Liquids. Es wird empfohlen, hierfür einen Maßnahmenplan für 2017 vorzubereiten.

Quelle: reuters.com, irishexaminer.com, sky.com, consumerreports.org, guardian.com, birminghammail.co.uk, pharmacytimes.com, ibtimes.co.uk, news10.com, consumeraffairs.com

Datum: 11.10.2016

Meldung: In der Schweiz zeichnet sich eine neue Tabakgesetzgebung ab. Die E-Zigaretten sollen den gleichen Handelsbedingungen unterstellt werden wie gewöhnliche Tabakerzeugnisse. Es sollen auch die gleichen Rauchverbote gelten wie für Zigaretten. Das Gesetz beinhaltet auch ein weitreichendes Tabakwerbeverbot, ähnlich wie in der Bundesrepublik. Eine zu zuvor positiv aufgenommene Legalisierung von Snus scheint jedoch vom Tisch.

Einordnung/Empfehlung: Die Schweiz folgt dem Trend zur Gleichstellung von Tabak und E-Zigarette. Umso mehr Beispiele für diese Herangehensweise bestehen, desto mehr Druck entsteht auf deutsche Entscheider sich diesen Rahmenbedingungen zumindest anzunähern. Ein endgültiges Snus-Verbot schwächt zudem den Harm Reduction-Ansatz.

Quelle: nzz.ch, tagblatt.ch

2.5. Fachcommunity

Datum: 19.10.2016, 08.10.2016

Meldung: Die von **Prof. Stöver**, Institut für Suchtforschung (ISFF) der Frankfurt UAS, ausgerichtete Fachtagung "E-Zigaretten: Fluch oder Segen?", bei der erste Ergebnisse seines Buches zur E-Zigarette vorgestellt wurden, findet wenig Wiederhall in den Medien.

Laut dem ISFF konsumiert kaum einer der befragten Jugendlichen täglich E-Zigaretten. Fast alle Befragten konsumierten höchstens 1-2 Mal im Monat. In einer ergänzenden Online-Befragung berichteten 71%, dass sie Erfahrungen mit E-Produkten gesammelt hätten.

Auch wurden die Ergebnisse von zwei weiteren BMG-geförderten Studien vorgestellt: Das [Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg](http://www.zis.uni-hamburg.de) (ZIS) untersuchte die Motivationen für den Umstieg auf E-Zigaretten. Am häufigsten wurde der Wunsch benannt, das Rauchen von Tabakprodukten zu beenden oder eine Alternative zum Rauchen zu haben. Dafür wurden über 3.300 Dampfer befragt. Laut **Dr. Silke Kuhn** erleichtern Aromen den Wechsel zur E-Zigarette. Zudem verringern Ex-Raucher mit der Zeit den Nikotingehalt.

Die [IFT-Gesundheitsförderung München](http://www.ift-gesundheitsfoerderung-muenchen.de) befragte Teilnehmer des eigenen Tabakentwöhnungsprogramms „[Das Rauchfrei Programm](http://www.ift-gesundheitsfoerderung-muenchen.de)“ zur Nutzung der E-Zigarette beim Tabakstopp. Die E-Zigarette habe einen sichtbar negativen Einfluss. Wer die E-Zigarettenkonsumenten seien nach einem Jahr seltener rauchfrei als die anderen Kursteilnehmer (20% vs. 39%).

Bundesgesundheitsminister **Hermann Gröhe** (CDU) kommentiert in einer Mitteilung die Ergebnisse. Das Absinken der Raucherquote dürfe durch neue Produkte nicht gefährdet werden. Daher müsse die Entwicklungen bei E-Zigaretten und ähnlichen Inhalationsprodukten weiterhin aufmerksam beobachtet werden.

Er kann sich von Experten gestützt sehen: **Dr. Kathrin Schaller** (DKFZ) hob den Gateway Effekt hervor und relativierte die Vorteile der E-Zigarette. Diese sei ein „Wolf im Schafspelz“. Dr. Frank Henkler (BfR) betonte die toxischen Wirkungen von Nikotin, Formaldehyd und einiger Aromastoffe. Er mahnte auch noch die unbekannteren Langzeitfolgen an.

Andere stellten die E-Zigarette in ein positiveres Licht: **Dr. Leonie Brose** (Kings College), die in der Ärztezeitung als E-Zigaretten skeptikerin dargestellt wird, unterstrich den Nutzen beim Tabakstopp. Zudem würden vor allem Raucher und Ex-Raucher dampfen. Sie mahnte die mangelnden Kenntnisse in der Bevölkerung zu E-Zigarette und Tabak an.

Einordnung/Empfehlung: Die Studien zeigen eine gespaltene Fachwelt. Dies bietet vor allem E-Zigarettengegner einen Vorteil, da das Vorsorgeprinzip (siehe Report 11) derzeit konservativ ausgelegt wird. Daher wird empfohlen, die positiven Ergebnisse von Prof. Stöver und seinen Co-Autoren sowie des ZIS zu kommunizieren (BfTG-Website, Gespräche, Info-Brief oder Blog „VaperGuru“). Gleiches gilt für die BfTG-interne Mitschrift der Tagung, die ggf. in das Schreiben zur BMEL-Anhörung am 27.10. einfließen kann.

Hinweis: Stöver tritt in einem Interview den Bedenken zur E-Zigarette entgegen. Sein Institut gibt den Artikel wieder – als Kopie aus der [Original-Presseschau](#) von BAT.

Quelle: aerztezeitung.de , bmg.bund.de , bundesgesundheitsministerium.de (IFT-Studie), bundesgesundheitsministerium.de (ZIS-Studie)

Datum: 14.10.2016

Meldung: Ein Team um Yue-Lin Zhuang (USC) untersuchte über 2 Jahre den E-Zigarettenkonsum. 43,7% der Dual-Konsumenten würden auch weiterhin E-Zigaretten dampfen. Die Autoren sehen in der E-Zigarette das Potenzial zu einem effektiven Mittel für den Tabakstopp (S. 94). Die Tabakstopp-Quoten seien bei Langzeitkonsumenten höher als bei denen mit kurzem E-Zigarettenkonsum bzw. ohne E-Zigaretteneinsatz (72,6% zu 53,8% bzw. 45,5%). Anders als in UK sehen die US-Raucher die E-Zigarette nicht vornehmlich als Mittel zum Tabakstopp – etwa 25% nutzen die E-Zigarette als einziges Mittel zur Abstinenz.

Einordnung/Empfehlung: Die Autoren rücken die E-Zigarette in die Nähe des Wirkstoffs Vareniclin (Pfizer's „Champix“). Das fördert die Wahrnehmung als reines Medizinprodukt (S. 94). Die Studie gibt weitere Hinweise über die Wirkung zum Tabakstopp. Sie deutet aber auch auf nationale Unterschiede bzgl. Konsumentention und Verbrauchersicht auf das Produkt hin. Dies gilt es, bei Bedarf ggü. Stakeholdern zu erläutern. Damit können kritische Ansätze, die mit dem Konsumverhalten arbeiten, zumindest geschwächt werden.

Quelle: tobaccocontrolbeta.bmj.com (Studie), tobaccocontrol.bmj.com

Datum: 12.10.2016

Meldung: Laut Harvard-Wissenschaftlern um Kathryn Wilson führt Snus zu einem erhöhten Prostatakrebsrisiko – 24% höheres Risiko im Vergleich zu Tabakabstinenten. Nach Wilson sind die Ergebnisse so nicht auf die E-Zigarette übertragbar. Jedoch müsse geklärt werden, inwieweit Nikotin eine krebsauslösende Rolle spiele. Sie verweist auf unbekannte Langzeitfolgen. Währenddessen befasst sich der Rechtswissenschaftler [Prof. David Sweanor](#) (Universität Ottawa) mit der Idee der Umformung des Tabakmarktes hin zu einem Markt rauchfreier Nikotinlieferanten (E-Zigarette, Snus, Inhaler u.a.).

Einordnung/Empfehlung: Snus galt bislang als risikoreduzierte Alternative zum Tabak und wird mit der geringen Raucherquote in Schweden in Verbindung gebracht. Die Studie unterminiert den Harm Reduction-Ansatz und weist Kritiker auf ein neues Argumentationsfeld hin – Nikotin als krebsauslösenden bzw. -fördernden Inhaltsstoff (anderslautende Einschätzung: siehe Report 11). Es wird empfohlen, diesen Punkt weiter zu beobachten und mittelfristig eine eigene Stellung zur Nikotinfrage zu entwickeln. Dies erhöht die Reaktionsfähigkeit.

Quelle: medpagetoday.com hsph.harvard.edu onlinelibrary.wiley.com

Datum: 10.10.2016

Meldung: BAT und dessen Tochter Nicoventures haben in einer Studie das Nutzungsverhalten von Dampfern erforscht. Die Ergebnisse sollen anderen Untersuchungen über das Funktionieren bzw. Emittierung von Risikostoffen durch die Produkte dienen. Aufgrund des individuellen Dampfverhalten plädieren die Autoren für weitere Studien zu Konsum und Exposition von Dampfern, deren Ergebnisse näher an den Alltagsbedingungen sind.

Einordnung/Empfehlung: Die Studie bringt Grundlagendaten für weitere E-Zigarettenforschungen. Aufgrund der Erfahrungen der Politik mit der Tabakforschung, rücken die (künftigen) Ergebnisse in ein getrübbtes Licht. Die Vorgehensweise erinnert an Erklärungsmuster zur Tabakzigarette. Die Tabakfirmen nutzten das individuelle Rauchverhalten und die damit zusammenhängenden unterschiedlichen Expositionen, um Bedenken zu zerstreuen. BAT baut seine [wissenschaftliche Website](#) wie [PMI](#) aus. BAT versucht sich damit eine positivere Außenwahrnehmung zu erarbeiten. Derweil springt die Kritik an der E-Zigarettenforschung der Tabakkonzerne auf die „neutrale“ Experten über ([Beispiel](#)).

Cancer Research UK, das ansonsten die [E-Zigarette befürwortet](#) (siehe Report 25), kritisiert die E-Zigarettenforschung durch Tabakkonzerne. Die Konzerne sähen darin mehr ein Lifestyle-Produkt als einen Weg zum Tabakstopp. Die NGO hat eine Meta-Studie herausgegeben, der zufolge Raucher und Dampfer mehr durch Werbung angesprochen werden als Nichtkonsumenten. Die NGO plädiert für Werbebeschränkungen mit Augenmaß und rechnet mit einem Werbeverbot in Schottland in 2017 (S. 61).

Quelle: eurekaalert.org, medicalxpress.com, nature.com, vapingpost.com, dailymail.co.uk, cancerresearchuk.org (Meta-Studie)

Datum: 11.10.2016, 06.10.2016, 05.10.2016

Meldung: Laut dem US-Center for Naval Analyses (CNA) konsumieren junge Dampfer mit einer zweieinhalbmal höheren Wahrscheinlichkeit Tabakprodukte als andere. Dampfer würden mehr Tabakzigaretten rauchen als Raucher, die nie eine E-Zigarette konsumiert hätten. Den Autoren nach deuten die Daten auf einen Gateway-Effekt hin. Sie empfehlen dem Pentagon, Maßnahmen zur Erfassung von Gesundheitsbeeinträchtigungen zu veranlassen.

Chitra Dinakar (University of Missouri) und ihr Team konstatieren in einer Studie mögliche Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Dampf für Konsumenten und Nichtdampfer. Zudem gäbe es Hinweise, dass die E-Zigarette Nikotinabhängigkeit bei Heranwachsenden befördere, die ansonsten nicht rauchen würden. Sorge mache der Anstieg jugendlicher Konsumenten, die ansonsten nie Nikotin konsumiert hätten.

Einordnung/Empfehlung: Militär und Behörden reagieren empfindlich auf Faktoren, die die Wehrhaftigkeit bzw. allgemeine Sicherheit negativ tangieren. Konsumverbote für das Tabakentwöhnungsmittel „Champix“ brachten Pfizer in den USA [Einbußen in dreistelliger Millio-nenhöhe](#) ein. Maßnahmen des Pentagons hätten eine erhebliche Außenwirkung.

Zwar bestätigten die Autoren um Dinakar, dass die E-Zigarette im Vergleich zu Tabak weniger schädlich ist, jedoch liefern sie Befürwortern der Gateway-These neue Nahrung.

Quelle: cna.org (Studie), militarytimes.com, prnewswire.com, info.umkc.edu, nejm.org (Studie)

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 17.10.2016

Meldung: Das DKFZ hat neue Berichte zur Tabakwerbung herausgegeben.

DKFZ-Umfrage unter 1000 Bundesbürgern: Drei Viertel der Befragten befürworten ein Verbot der Tabakaußenwerbung. Bei Nichtrauchern und Ex-Rauchern lag die Zustimmung über 80%. Sogar ein Verbot der Tabakwerbung am Verkaufsort wird von 62% der Befragten unterstützt. Die Zustimmung bei Rauchern liegt hier bei 35%. Das DKFZ fordert mit diesem Hintergrund die Bundesregierung zu einem weitläufigen Tabakwerbeverbot auf.

Wahrnehmung von Tabakwerbung: Das DKFZ wertete die Ergebnisse einer EU-Umfrage aus. Tabakwerbung in Deutschland werde insgesamt von 58% der Befragten. Im europäischen Vergleich läge Deutschland damit deutlich über dem EU-Durchschnitt (40%). Vor allem jüngeren Menschen falle Tabakwerbung ins Auge: Von den 15- bis 17-jährigen Jugendlichen und den jungen Erwachsenen bis 30 Jahre bemerkten ca. drei Viertel Tabakwerbung, von den über 60-Jährigen nur etwa die Hälfte der Befragten. E-Zigarettenwerbung wird – wie die Tabakwerbung – vor allem auf Plakaten und von Heranwachsenden wahrgenommen. Deutschland liege hierbei im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Das DKFZ nutzt die Ergebnisse für seine Forderung nach einem umfassenden Werbeverbot.

Einordnung/Empfehlung: Die DKFZ-Forderungen fallen genau in den Zeitraum der SPD-Forderungen an die Union (siehe Punkt 2.2) und untermauern die Bestrebungen der Tabakgegner. Durch die zweite Publikation werden E-Zigaretten- und Tabakwerbung in einen Rahmen gestellt – ein Schritt hin zur Ausweitung der Forderungen auf die E-Zigarette.

Quelle: dkfz.de, dkfz.de (Tabakwerbung bei Jugendlichen), dkfz.de (Zustimmung für Tabakwerbung), dkfz.de (Paper zur Forderung nach Tabakwerbeverbot)

Datum: 16.10.2016, 14.10.2016, 10.10.2016

Meldung: Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) thematisierte auf ihrer Konferenz die E-Zigarette. Martina Pötschke-Langer Leiterin der „Arbeitsgruppe E-Zigarette“ der DHS referierte. Die DHS nimmt dabei mit einem Positionspapier erstmals Stellung zu Nutzen und Schaden der E-Zigarette. Aufgrund der aktuellen Studienlage könne die DHS E-Zigaretten nur sehr eingeschränkt zur Risikominimierung empfehlen. Eine Schadensminderung gäbe es nur, wenn Raucher vollständig auf E-Zigaretten umstiegen. Dies läge oft nicht vor.

Ob sie zu einer Verminderung des Tabakkonsums führen oder den Ausstieg unterstützen, sei wissenschaftlich derzeit nicht belegt. Sie befürchtet jedoch, dass die E-Zigarette den Tabakkonsum renormalisiert. Zudem würden Heranwachsende mit E-Zigaretten die „Rituale“ des Rauchens erlernen. Die DHS könne E-Zigaretten im Hinblick auf einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen nicht bedenkenlos als Harm Reduction-Strategie empfehlen.

Auch die NGO „[World Federation of Public Health Associations](#)“ (WFPHA) hat sich kritisch zur E-Zigarette positioniert. Sie steht den Positionen von WHO/FCTC und DKFZ nahe.

Einordnung/Empfehlung: Mit der DHS positioniert sich neben dem DKFZ ein zweiter renommierter Akteur gegen die E-Zigarette. Zwar wird keine Fundamentalopposition bezogen, jedoch die eingebrachten Zweifel schüren Bedenken bei Entscheidern, die sich dem gesellschaftlichen Trend nach mehr Sicherheit durch staatliche Regulierung verpflichtet fühlen. Dabei gibt sich die DHS nach außen den Anschein der Neutralität. Es ist zu erwarten, dass Pötschke-Langer ihre Position bei DHS und [ABNR](#) weiter für ihre Anliegen nutzen wird. Dabei wäre die Absprache mit ihrer Nachfolgerin im DKFZ ein logischer Schritt. Die WFPHA sowie ihre [deutschen Mitglieder](#) sind bislang in Deutschland nicht mit Aktivitäten gegen die E-Zigarette auffällig geworden. Eine [kritische Auseinandersetzung](#) mit der WHO-Politik zu Tabak-Harm Reduction hat die „Reason Foundation“ publiziert.

Es wird empfohlen, den Aussagen von DHS und DKFZ weiter systematisch Erklärungen entgegenzustellen. Dazu eignen sich die BfTG-Homepage (Bereich „Mythen & Fakten“) sowie Politiker- und Mediengespräche.

Quelle: [dhs.de](#), [dhs.de](#) (Pressemitteilung), [dhs.de](#) (Positionspapier), [insuedthueringen.de](#), [focus.de](#), [thueringer-allgemeine.de](#), [arbeitskreis-krankenversicherungen.de](#), [biermann-medizin.de](#), [wfpha.org](#)

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 18.10.2016

Meldung: Im dritten Quartal wurden weniger Zigaretten und Drehtabak versteuert als im Vorjahreszeitraum (Verkaufswert: 6,3 Mrd. €, 10,9% weniger als 2016). Das Statistische Bundesamt führt den Rückgang auf die Verschärfung der Warnhinweise infolge der TPD2 zurück. Der Zigarettenverband teilt diese Einschätzung. Er weist aber darauf hin, dass die bisherigen Gesamteinnahmen 2016 auf Vorjahresniveau lägen.

Einordnung/Empfehlung: Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes geben nicht die tatsächlichen Verkäufe wieder. Tabakwaren müssen im Werk verzollt werden. Diese Zahlen gehen in die offiziellen Statistiken ein. Die aktuellen Zahlen beruhen auf der gesteigerten Produktion vor Einführung der Bildwarnhinweise (PHW) am 20.05, um danach möglichst viel Ware ohne PHWs verkaufen zu können. Ein Rückgang der tatsächlichen Verkäufe aufgrund von PHWs lässt sich so erst mit etwas mehr Zeitabstand genauer beziffern.

Quelle: destatis.de, zigarettenverband.de

Datum: 18.10.2016, 06.10.2016

Meldung: Micheal Kaib, Vorstandssprecher von Reemtsma, hat turnusgemäß den Vorstandsposten im Deutschen Zigarettenverband (DZV) übernommen. Kaib ist seit 1984 im Unternehmen. Bezogen auf die Tabakregulierung soll ihm zufolge der „deutsche Weg“ für einen effektiven Jugendschutz fortgeführt werden.

Ferner streben die Tabakkonzerne in Großbritannien ein Berufungsverfahren ihrer erfolglosen Klage gegen das sog. „Plain Pack“ am High Court (Report 20). Tabakfirmen nutzen u.a. Dritte gegen die Einheitspackungen, die z.B. als „neutrale Botschafter“ agieren ([siehe](#)).

Einordnung/Empfehlung: Die Imperial-Tochter Reemtsma ist vor allem am Erhalt der Position im deutschen Tabakmarkt interessiert. Sein Statement kann als Plädoyer für den Erhalt von Freiräumen für die Tabakwerbung verstanden werden. In Deutschland gilt bislang eine der liberalsten Tabakwerberegulierungen in Europa.

Quelle: zigarettenverband.de, dailymail.co.uk

Datum: 14.10.2016, 07.10.2016, 26.09.2016

Meldung: Medienberichten zufolge plant PMI den Vertrieb von iQOS auf dem US-Markt. PMI habe jedoch noch nicht bei der FDA die Zulassung beantragt. PMI baut sein Portfolio von Zigaretten-Alternativen weiter aus: Eine kürzlich in Neuseeland erschienene Studie über das Produkt „P3L“ bescheinigt ihm eine bis zu sechsmal raschere Aufnahme von Nikotin durch den Nutzer als Inhalatoren. Die Nikotinabgabe ähnelt laut PMI der von Tabakzigaretten. Dies erhöhe die Wechselbereitschaft von Rauchern. „P3L“ nutzt die Reaktion von Milchsäure und Nikotin, um Konsumenten mit einem nikotinhaltigen Aerosol zu versorgen.

Einordnung/Empfehlung: PMI baut seine Stellung als Technologieführer bei Tabakalternativen aus. Zudem achtet das Unternehmen bei den Produkten auch auf deren Wirkung auf die Umgebungsluft. PMI macht sich damit weniger verwundbar für Regulierungen vom Nichtraucherschutz bis zur Besteuerung – auch bei der Frage, was als Tabakprodukt gilt. PMI sieht seine [mittelfristige Zukunft bei Tabakprodukten](#), baut aber die Investitionen in Alternativen aus. PMI setzt damit seinen Plan für eine rauchfreie Umgebung fort (PMI Communication on Progress 2015, S. 9) Es wird empfohlen, diese Entwicklungen weiter zu beobachten und mittelfristig Antwortstrategien zu entwickeln.

Quelle: foxbusiness.com, vapingpost.com, foreignaffairs.co.nz, pmi.com (PMI Communication Progress 2015)

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
22.10.2016	Jahrestagung	Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit	Fulda	aerztlicher-arbeitskreis.de
27.10.2016	Gesprächsrunde zur „Negativliste“ Zusatz- stoffe in Tabak und E-Zigaretten	BMEL	Berlin	schriftl. Einladung; BfTG angemeldet
04./05.11.2016	CSU-Parteitag	CSU	München	csu.de Es wird empfohlen, über die Präsenz bei Parteitaggen mit einem kleinen Stand nachzudenken.
04.11.2016	Bundesratssitzung (aktuell keine Befassung mit E-Zigarette/Tabak)	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
07.- 12.11.2016	FCTC-Mitgliederversammlung (u.a. zu E-Zigarette)	FCTC	Neu-Delhi	who.int
08.- 10.11.2016	World Tobacco Europe 2016	Quartz Business Media	Hamburg	wtprocessand-machinery.com
08.11.2016	Beratung Fraktionsvorstand zu Tabakwerbung	CDU/CSU-Bundestagsfraktion	Berlin	cducusu.de
09.11.2010	Jahrestagung Bundesdrogenbeauftragte (Schwerpunkt Internetsucht)	Bundesdrogenbeauftragte	Berlin	drogenbeauftragte.de
11.- 13.11.2016	Bundesdeligiertenkonferenz	Bündnis 90/Die Grünen	Münster	gruene-nrw.de Es wird empfohlen, über die Präsenz bei Parteitaggen mit einem kleinen Stand nachzudenken.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
16.11.2016	Veranstaltung „Gesundheitspolitischen Weichenstellung vor der Wahl 2017“	KBV	Berlin	kbv.de
16./17.11.2016	Deutscher Handlungskongress	HDE	Berlin	hde.de/
17.11.2016	E-Cigarette Summit	-	London	e-cigarette-summit.com/
19.11.2016	Deutschlandpremiere „A Billion Lives“	Aaron Biebert (Regie)	Berlin	abillionlives.com
22.11.2016	dehoga-Branchentag	dehoga	Berlin	dehoga-bundesverband.de
24.11.2016	FES zu 25 Jahren Managerkreis	Friedrich-Ebert-Stiftung	Berlin	managerkreis.de
30.11.-01.12.2016	14. Deutsche Konferenz für Tabakkontrolle (auch zu E-Zigarette)	DKFZ, ABNR	Heidelberg	dkfz.de
05.-07.12.2016	CDU-Bundesparteitag	CDU	Essen	Es wird empfohlen, über die Präsenz bei Parteitag mit einem kleinen Stand nachzudenken.

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.